

Fahrausweis garantiert Mobilität

Zum Leserbrief «Autolenkerausbildung ist Privatsache» von Armin Tschärner im BT vom 10.9.2015.

Armin Tschärner schreibt in seinem Leserbrief, dass die Absolvierung der Autoprüfung Privatsache sei und in der Schweiz genügend öffentliche Verkehrsmittel zur Verfügung stehen würden. Die Junge CVP Graubünden bestreitet diese Aussagen nicht, da wir in unserem Land glücklicherweise über einen hervorragenden öffentlichen Verkehr verfügen. Fakt ist aber auch, dass gerade in Graubünden, mit seinen 180 Tälern, ein hoher Bedarf an individueller Mobilität besteht. Der Fahrausweis ist Basis für diese Mobilität, da der öffentliche Verkehr vor allem am Abend und an den Wochenenden aus wirtschaftlich nachvollziehbaren Gründen nicht alle Gemeinden gleich stark frequentiert. Dadurch wird es für all jene, die eben nicht in Chur wohnen, schwierig, nach der Arbeit ins Kino zu gehen und anschliessend mit dem Zug oder Bus nach Hause zu kommen. Zudem hat der Bund mit der Einführung der Zweiphasenausbildung automatisch die Kosten für die Fahrprüfung um bis zu 700 Franken erhöht, was in etwa sieben Fahrstunden entspricht. Gerade auch für Lehrlinge, welche oftmals auf den Fahrausweis angewiesen sind, entspricht dies einer enormen zu-

sätzlichen finanziellen Belastung. Da wäre es nur fair, wenn der Staat einen Teil dieser Kosten übernimmt, so wie es der Kanton Freiburg bereits heute tut.

Die positiven Rückmeldungen, welche die Junge CVP bereits erhalten hat, ermutigt sie, dieses Begehren weiterhin hartnäckig zu verfolgen.

► SEVERIN GEISLER, TINO SCHNEIDER, JUNGE CVP GRAUBÜNDEN

Alle Kandidatinnen hatten die Möglichkeit

Zum Leserbrief «Wahlempfehlung der Frauenzentrale» im BT vom 12.9.2015:

Die Junge CVP bemängelt in ihrem Leserbrief, die Frauenzentrale Graubünden hätte nicht alle Nationalrats-kandidierenden Frauen im BT vorgestellt. Richtig ist, dass die kandidierenden Frauen von der Frauenzentrale Graubünden angeschrieben wurden, um sämtlichen Frauen zu ermöglichen, sich vorzustellen. Bis zum angegebenen Abgabedatum (inklusive Erinnerungen) haben sich verschiedene Frauen, darunter auch jene der CVP und der Jungen CVP, die für den Nationalrat kandidieren, nicht gemeldet. So fehlen im BT auch die CVP respektive die Junge CVP. Überdies handelt es sich im BT lediglich um eine Auswahl. Der Beitrag erhebt nicht den Anspruch, alle 21 kandidierenden Frauen vorzustellen. Auf der Web-

seite der Frauenzentrale Graubünden (www.frauenzentrale-graubuenden.ch) sind jedoch nun sämtliche Frauen präsent. Die Frauenzentrale Graubünden unterstützt grundsätzlich alle Frauen, die sich politisch betätigen – unabhängig ihrer politischen Zugehörigkeit.

► CATHRIN RÄBER, GESCHÄFTSFÜHRENDE PRÄSIDENTIN FRAUENZENTRALE GRAUBÜNDEN

Den Faktencheck nicht bestanden

Zum Leserbrief «Sozialhilfebezüger und Rentner – ein Vergleich» von Daniela Bärtsch im BT vom 15.9.2015.

Die Jung-SVP Politikerin Daniela Bärtsch behauptet, dass Sozialhilfebezüger/-innen mehr Geld zur Verfügung hätten als Rentner/-innen. Prüfen wir die Fakten! Entgegen den Behauptungen von Frau Bärtsch zahlen auch Sozialhilfebezüger AHV, im Minimum den Mindestbeitrag für Nichterwerbstätige, wenn sie keine Arbeitsstelle haben oder ausgesteuert sind. Fakt ist, dass sowohl Sozialhilfebezüger als auch Rentner Steuern bezahlen, falls ihr Einkommen so hoch ist, dass es überhaupt steuerpflichtig ist. Fakt ist, dass Rentner in der Regel nicht nur über die AHV-, sondern auch noch über eine Pensionskassenrente verfügen. Fakt ist, dass, wenn beides zusammen nicht reicht, das Recht auf Ergänzungsleistun-

gen besteht, inklusive Prämienverbilligung für die Krankenkasse. Fakt ist, dass in dem Falle keine Radio- und Fernsehgebühren mehr zu bezahlen sind, weil Bezüger von Ergänzungsleistungen davon befreit sind. Fakt ist aber, dass Frau Bärtsch faktenresistent ist. Der Ständerat hat soeben einer Erhöhung der AHV-Renten zugestimmt. Fakt leider, dass die Partei von Frau Bärtsch dies vehement ablehnt. Für sichere Sozialwerke für alle wähle ich deshalb SP Liste 4.

► PETER PEYER, GROSSRAT, TRIN

Mittelstand entlasten

Die Schere zwischen Arm und Reich nimmt bekanntlich zu: Der Mittelstand – das Rückgrat der Schweiz – gerät dabei immer mehr unter Druck. Die finanziellen Belastungen – bei Steuern, Sozialversicherungen, Krankenkassen und Bildung – nehmen immer mehr zu und belasten besonders den Mittelstand. Während die einen nur die Reichen entlasten wollen, fordern die anderen eine Umverteilung des Wohlstandes. Unser Augenmerk gilt dem Mittelstand: Wir wollen den Mittelstand und die Familien entlasten und diese fördern! Wer den Mittelstand entlasten will, wählt deshalb Stefan Engler als Ständerat und unverändert die Liste 11 CVP Graubünden!

► LIVIO ZANETTI, GROSSRAT, LANDQUART